

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 888 846 pbbn d

## Inhalt

Annemarie Renger MdB zum  
80. Geburtstag von Käte  
Strobel: Leben im Dienst  
der SPD.

Seite 1

Günther Heyenn MdB zur  
Bonner Steuerpolitik: Sozial-  
staat im Würgegriff Stolten-  
bergs.

Seite 4

Wolf-Michael Catenhusen  
MdB zum Wettlauf um die  
Entschlüsselung der Gene:  
Maßstäbe verantwortlichen  
Handelns entwickeln.

Seite 5

Günter Samtlebe zu den  
Gewerbe-Steuerplänen der  
Bundesregierung: Kohl läßt  
Katze aus dem Sack.

Seite 6

42. Jahrgang / 136

22. Juli 1987

Käte Strobel zum Achtzigsten

Zur Sozialdemokratin erzogen, engagiert sich die ehemalige  
Ministerin noch heute für die Partei

Von Annemarie Renger MdB  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

„Politik ist eine viel zu ernste Sache, als daß man sie allein  
den Männern überlassen könnte!“

Käte Strobel, Bundesministerin a.D., wird am 23. Juli 1987  
80 Jahre alt. Wie agil sie bis heute geblieben ist, haben wir gerade  
auf dem Parteitag am 14. Juni 1987 erlebt. Aus der Tradition  
der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung kommend, war  
für Käte Strobel persönliches Engagement in der Politik für eine  
Frau ebenso selbstverständlich wie für einen Mann. Zu dieser  
Erkenntnis kam sie nicht erst nach 1945, als Deutschland in  
Trümmern lag, sondern vor allem durch ihr Elternhaus, in dem  
sie, wie sie sagte, „zu Sozialdemokraten erzogen wurden, nicht  
nur vom Vater, sondern auch von der Mutter.“

Mit 18 Jahren trat sie dann auch in die SPD ein, heiratete „selbst-  
verständlich“ den Jungsozialisten Hans Strobel. Der auch noch  
nach 1933 aktive Sozialdemokrat Hans Strobel erlitt die ganze  
Härte der Nazis. 1934 wurde er wegen Vorbereitung zum Hoch-  
verrat zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, eineinhalb

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner  
mit dem Zeichen  
Kreuz für  
Kreuz für



Jahre mußte er das Konzentrationslager Dachau erleiden und als besondere makabre Gemeinheit des NS-Regimes kam er auch noch zum Kriegseinsatz in das Strafbataillon 999, das sich „Bewährungsbataillon“ nannte. Käte Strobel brachte ihre beiden Töchter mit der ihr eigenen Energie über diese böse Zeit, und als Hans Strobel ihr 1946 aus der Kriegsgefangenschaft schrieb, sie solle aktiv in die Politik gehen, war sie schon feste dabei.

Käte Strobel fing da wieder an, wo sie 1933 aufhören mußte: In der Kinderfreundebewegung, in der sie mit 21 Jahren Landesvorsitzende von Bayern war. Sie baute diese sozialdemokratische Jugendorganisation wieder auf. Gleichzeitig verstärkte sie die sozialdemokratische Frauenarbeit. 1947 wurde sie Vorsitzende der sozialdemokratischen Frauen im Bezirk Franken und bei der ersten Bundestagswahl 1949 gewann sie den Wahlkreis Nürnberg-Süd mit dem besten Wahlergebnis eines SPD-Kandidaten in Bayern.

Seitdem gehörte sie zu den Spitzenpolitikerinnen der Sozialdemokratie, dreiundzwanzig Jahre lang ununterbrochen als Bundestagsabgeordnete, und es war selbstverständlich, daß sie eines Tages ihren Platz in einer sozialdemokratischen Regierungsmannschaft einnehmen würde. Sie hat daraus auch nie ein Hehl gemacht, daß sie sich dafür geeignet hielt.

1966 in der Großen Koalition wurde sie dann auch Bundesministerin für Gesundheit. Unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt erhielt dieses Ministerium zusätzlich die Aufgaben für Frau und Familie.

Käte Strobels Leistungen auf diesem Feld kann man nicht an der Vielzahl verabschiedeter Gesetze beurteilen. Ganz entscheidend war ihre Persönlichkeit, die ihrer Politik den Stempel aufdrückte. So sah sie den gesamten Bereich der Gesundheit, der Familien-, Frauen- und Jugendpolitik nur als Teile einer umfassenden Gesellschaftspolitik, zu der Familienplanung als ein Teilstück für die Emanzipation der Frau und des Mannes gehörte, die Schaffung von ausreichenden Kindergärten, Ganztagschulen und familiengerechten Arbeitsplätzen, aber auch die sexuelle Aufklärung der jungen Menschen. Für den Film „Helga“ erhielt sie die „Goldene Leinwand“ als Dank für einen der größten deutschen Filmerfolge.

Die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser lag ihr sehr am Herzen, denn zu dieser Zeit war etwa die Hälfte aller Krankenhäuser über 50 Jahre alt. Nicht vergessen werden sollte die Verab-



scheidung des Lebensmittelgesetzes, das von allen weiblichen Abgeordneten eingebracht wurde, für das sie sich in ihrer Aufgabe für den Verbraucherschutz stark gemacht hatte.

Bevor Käte Strobel Bundesministerin wurde, hatte sie schon einen guten Namen in der Agrarpolitik; besonders engagiert widmete sie sich der Europapolitik. Dem Europaparlament gehörte sie von 1958 bis 1966 an, wurde dessen Vizepräsidentin und Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion. Jahrzehntlang war sie Mitglied des Parteivorstandes der SPD und dessen Präsidium. Als sie 1972 nicht mehr für den Bundestag kandidierte, war für sie die politische Arbeit noch längst nicht beendet. Sogleich trat sie in den Nürnberger Stadtrat ein, wurde zeitweilig Vorsitzende der SPD-Fraktion. Sie war Vorsitzende der Schiedskommission der Partei. 1986 wählte sie der Vorstand zur Vorsitzenden des Seniorenbeirats. Daß sie außerdem noch als Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG arbeitete, macht das Bild vollständig.

Unzählige Ehrungen wurden ihr zuteil: Das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband, der bayerische Verdienstorden, der Isabelle-Deste-Preis, der Gustav-Heinemann-Preis und der Waldemar-von-Knoeringen-Preis, der für Leistungen vergeben wird, die der Tradition der Arbeiterbewegung und den Zielen des demokratischen Sozialismus entsprechen.

Wenn man dieses ausgefüllte politische Leben vor Augen hat, fragt man sich vielleicht, macht denn das den ganzen Menschen aus? Wo bleibt die Frau und Mutter in diesem harten Geschäft? Gewiß, Familienpflichten sind natürlich nicht problemlos; man kann sie nur lösen, wenn auch der Ehemann und die heranwachsenden Kinder diesen politischen Einsatz akzeptieren. Aus dieser Übereinstimmung zog auch Käte Strobel ihre Kraft, gab ihre Erfahrungen weiter und überzeugte in ihren Argumenten. Im Mittelpunkt ihrer Bemühungen stand der Mensch, den man zu einem selbständig denkenden Wesen, zu einem politisch handelnden Bürger erziehen mußte, der sich nie wieder von politischen Demagogen und Scharlatanen verführen ließ. Dazu gehörte vor allem, auch die Frauen zur Mitarbeit zu gewinnen und ihnen gesellschaftliche Chancen zu geben. An diesen Zielen wird Käte Strobel auch nach ihrem 80. Geburtstag vorbildlich für uns alle weiter mitarbeiten.

(-/22.7.1987/rs/ks)

\* \* \*

**Sozialstaat im Würgegriff Stoitenbergs**

**Die Steuer-Entlastung der Spitzenverdiener wird mit der Ausplünderung der Arbeitnehmerhaushalte finanziert**

**Von Günther Heyann MdB**

**Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung**

Der Bundesfinanzminister und Vorsitzende der schleswig-holsteinischen CDU, Gerhard Stoitenberg, will den Sozialstaat bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln. Die in der Mogelpackung der sogenannten Steuerreform enthaltenen Steuergeschenke für Spitzenverdiener sollen in erster Linie mit weiterer Ausplünderung der Arbeitnehmerhaushalte finanziert werden. Eine jüngst bekannt gewordene Liste der Grausamkeiten aus dem Bundesfinanzministerium läßt daran keinen Zweifel mehr zu, auch wenn sie angeblich noch nicht „abgesegnet“ sein soll.

Mehr als abenteuerlich und die Fundamente sozialer Sicherung erschütternd ist der Vorschlag, die bisherige Umsatzsteuerfreiheit für Sozialversicherungsträger, Krankenhäuser, Ärzte, Diagnosekliniken, Altersheime, Blutsammelstellen, Wohlfahrtsverbände und Blinde zu beseitigen. Allein dieser Vorschlag würde 6,7 Milliarden DM zur Umverteilung nach oben freimachen.

Den betroffenen Institutionen aber würden ihre Kalkulationsgrundlagen auf einen Schlag entzogen. Die auf sie angewiesene Bevölkerung müßte für die Wiederherstellung ihrer Gesundheit indirekt auch noch Steuern bezahlen.

Im Klartext: Die Besteuerung des Gesundheitswesens sollen die Arbeitnehmer mit mindestens einem weiteren Beitragspunkt in der Krankenversicherung bezahlen.

Der Vorrat beabsichtigter, vom FDP-Wirtschaftsgrafen Lambsdorff selbst so bezeichneter „Grausamkeiten“, ist damit nicht erschöpft. Fast alle gehen zu Lasten von Arbeitnehmern und sozial Benachteiligten: Die Einbeziehung von gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen in die Körperschaftssteuer wird den Wohnraum verteuern und die Besteuerung von Altersheimen macht die ohnehin wenigen Selbstzahler auch noch zu Sozialhilfeempfängern.

Die sogenannte Subventionsabbauliste trägt auch in anderen Punkten deutlich die Handschrift der Arbeitgeberverbände: Von Aufhebungen der Weihnachtsfreibeträge, des Sonderausgabenpauschalbetrags und der Steuerfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit ist da die Rede. Die ebenfalls beabsichtigte Halbierung des Freibetrages für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft dürfte auch bei schleswig-holsteinischen Nebenerwerbslandwirten nicht gerade helle Begeisterung hervorrufen. Die Aufhebung der Gewerbesteuerfreiheit für kleine Hochsee- und Küstenfischereiuenternehmen enthält als Vorschlag eines aus Schleswig-Holstein stammenden Ministers eine besonders pikante Note.

Weil dies alles denen, die dem „großen Klaren aus dem Norden“ in die Feder diktieren, nicht genug ist, wird das Ganze noch garniert mit einer vermutlich kräftigen Mehrwertsteuererhöhung.

(-/22.7.1987/rs/ks)

\* \* \*



**Maßstäbe verantwortlichen Handelns entwickeln**

Der Wettlauf um die Entschlüsselung der Gene hat eingesetzt

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Die Hoffnung, die Gentechnologie könne schnell und breit zu kommerziellen Zwecken genutzt werden, ist einer realistischeren Einschätzung gewichen. Das Bundesforschungsministerium hat unlängst in einer Zwischenbilanz des Programms Biotechnologie festgestellt, daß das Tempo kommerzieller Nutzung der Gentechnologie langsamer als angenommen ist. Da wird nun versucht, an einer ganz anderen Stelle die Gentechnik-Euphorie wieder zu beleben. Ein neues „Manhattan“-Projekt, das eine „Revolutionierung unseres Wissens“ verspricht, wird weltweit vorbereitet: die vollständige Erfassung der menschlichen Erbanlagen.

Professor Walter Gilbert von der Harvard-Universität hat als erster das Rennen aufgenommen. Er hat die Firma „Genome Corporation“ gegründet, die eine Karte des menschlichen Genoms erarbeiten soll. Sie soll künftig von jedermann zu erwerben sein. Mit 300 Millionen Dollar hofft er spätestens in zehn Jahren am Ziel zu sein und mit dieser Idee ein Geschäft machen zu können.

Auch das amerikanische Energieministerium (DOE) bereitet sich auf eine Teilnahme am Wettrennen vor: Eine Beraterkommission des DOE hat grundsätzlich einen Vorschlag gebilligt, innerhalb der nächsten sieben Jahre eine Milliarde Dollar für die Erstellung einer Karte des menschlichen Genoms auszugeben. Für den Bundeshaushalt 1988 in den USA sind bereits einige Millionen Dollar vorgesehen.

Die Japaner sehen in dem Genkarten-Projekt sogar schon eine industriepolitische Dimension. Staatliche Stellen haben dort in Kooperation mit den Firmen Fuji und Seiko eine automatische DNA-Sequenziermaschine entwickelt. Diese Maschinen haben die Idee der menschlichen Genkarte plötzlich von der Ebene der Utopie auf die Ebene eines machbaren Projektes geschoben. Wodurch könnte man besser die Hightech-Qualität japanischer Sequenzier-Automaten demonstrieren als durch einen Erfolg in Genkarten-Wettrennen? Eine Kommission der staatlichen japanischen Agentur für Wissenschaft und Technik ist denn auch dabei, ein detailliertes Forschungsprogramm zu erarbeiten, das Teil des MITI-Programms „Human Frontiers science program“ werden soll.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland sind im Rahmen der deutschen Forschungsgemeinschaft erste Projekte begonnen worden. Sie stehen am Anfang dieses Weges. Es handelt sich um die im Einzelfall durchaus sinnvolle Suche nach Genen, deren Defekt schwere, nicht behebbare Krankheiten auslöst. Es ist aber zu befürchten, daß schon sehr bald auch die Bundesrepublik Deutschland in den Wettlauf einsteigt, wo unter Einsatz automatischer Analysegeräte der Drang, erster zu sein, alle berechtigten Zweifel am Nutzen einer vollständigen Analyse des menschlichen Genoms beiseite schieben wird. Diese Kritik wird zumindestens in Amerika heute noch von Wissenschaftlern öffentlich geäußert.

Es ist dringend erforderlich, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Wissenschaftler, insbesondere die DFG und die Max-Planck-Gesellschaft, die Kirchen und die Politik die Diskussion über den Sinn der Erstellung einer vollständigen Karte des menschlichen Genoms aufnehmen und dabei die Frage beantworten, ob wir Menschen nicht hier zu unserem eigenen Schutz um unaufhaltsamen Forscherdrang Grenzen setzen müssen. Sonst wird die Wissenschaft im maßlosen Erkenntnisdrang uns allen unerhörte Versuchungen bescharen, ehe wir Maßstäbe verantwortlichen Handelns entwickelt haben.

(-/22.7.1987/rs/ks)

\* \* \*



### Kohl läßt Katze aus dem Sack

Zu den Gewerbe-Steuerplänen der Bundesregierung

Von Günter Samtlebe

Oberbürgermeister von Dortmund

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (Bundes-SGK)

Stellvertretender Präsident des Deutschen Städtetages

Schon lange befürchten die Kommunalpolitiker aller Parteien, daß der Bundeskanzler hinsichtlich der Gewerbesteuer der Kommunen die Katze aus dem Sack läßt, die die letzten kommunalen Mäuse fangen soll. Die Rücksichtslosigkeit des Staates wird immer größer. Erst der Vorschlag der sogenannten größten Steuerreform aller Zeiten, die geradezu verheerende Einbußen für die Gemeinden bringt (jährlich minus zehn Milliarden DM). Diese Steuerreform macht die Reichen reicher und bringt dem Normalverdiener nichts. Jetzt sollen also noch 32 Milliarden DM Gewerbesteuer gestrichen werden. Keiner spricht darüber, was an diese Stelle tritt.

Wir nehmen an, daß der Bundeskanzler entschlossen ist, auf Kosten der Städte Steuergeschenke an die Reichen zu machen. Das Schlimme ist, daß wiederum bei einer Bundessteueraktion gegenüber den Städten ein falscher wirtschaftspolitischer Ansatz verfolgt wird: durch das Streichen dieser 32 Milliarden DM sollen nämlich unsere Wirtschaftsunternehmen angeblich besser florieren. Bei allen Eingriffen des Bundes in den kommunalen Steuerbereich, die regelmäßig zur Reduzierung der kommunalen Finanzen führten, gab es immer nur behauptete positive wirtschaftliche Effekte.

Niemand, weder Politiker noch Ministerialverwaltung noch Wissenschaft, haben je nachweisen können, daß die Eingriffe in die kommunalen Finanzen tatsächlich zu wirtschaftlich positiven Ergebnissen geführt haben. Es ist allerdings erwiesen, daß durch die Eingriffe des Bundes in die kommunalen Finanzen die Investitionskraft der Kommunen zerstört wurde. Sie befindet sich heute auf dem Stand von Mitte der 60er Jahre. Das heißt konkret, daß diese Milliarden Investitionsmittel der örtlichen, vor allem mittelständischen Wirtschaft allenthalben und überall entzogen wurden. Dies hat nicht nur viele Pleiten vor allen Dingen im Baubereich bewirkt, sondern zugleich auch die Arbeitslosenzahlen nach oben schnellen lassen.

Noch im Juni dieses Jahres hat der „Versprechungskanzler“ vor der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages den Städten und Gemeinden versprochen, daß, wenn es überhaupt Steueränderungen in ihrem Bereich geben würde, diese nur mit deren Zustimmung vollzogen würden. Ob das wohl wieder ein Kanzlerversprecher war.

Wir verlangen, und zwar alle im Deutschen Städtetag vertretenen politischen Parteien, daß der Vorschlag des Deutschen Städtetages allein die Grundlage einer kommunalen Steuerreform ist. Der Deutsche Städtetag hat nämlich einstimmig, also mit allen in ihm vertretenen politischen Parteien, einen Steuervorschlag beschlossen, der in abgewandelter Form der vom Sachverständigenrat beim Bundesfinanzminister vorgeschlagenen Wertschöpfungssteuer gleichkommt. Die Bemessungsgrundlagen für diese Steuer sollten in Zukunft nicht nur Kapital und Ertrag, sondern auch die übrigen Wertschöpfungstatbestände wie Löhne, Mieten, Zinsen und Pachten sein. Diese verschiedenen Faktoren würden in einem bestimmten Verhältnis zueinander definiert sein.

Wenn man mit uns nicht sprechen will, müssen wir unterstellen, daß man mit dem Geld der Bürger in unseren Städten und Gemeinden seine eigene Klientel im Sinne von Wahlgeschenken beglücken will.

Wir verlangen, daß die Sachverständigen der Kommunen, der Länder und des Bundes an einem Tisch versammelt werden, bevor wieder einmal an den Ecken und Kanten der kommunalen Finanzdecke herumgeschnitten wird.

(-/22.7.1987/rs/ks)

\* \* \*

